



Christine Kugler
Berufsmäßige Stadträtin

Über die
BA-Geschäftsstelle Ost
An die Vorsitzenden des Bezirksausschusses
--17 - Obergiesing-Fasangarten
Frau Carmen Dullinger-Oßwald

27.10.2023

Der Klimarat soll sich in seiner ersten Sitzung mit der Möglichkeit einer Solarpflicht auf Neubauten beschäftigen

BA-Antrags-Nr. 20-26 / B 03305 des Bezirksausschusses
des Stadtbezirkes 17 - Obergiesing-Fasangarten vom 09.11.2021

Sehr geehrte Frau Dullinger-Oßwald,

der o.g. Antrag wurde uns vom Direktorium mit der Bitte um weitere Bearbeitung zugeleitet; er bezieht sich auf ein Geschäft der laufenden Verwaltung i. S. d. Art. 37 Abs. 1 Satz 1 GO und § 12 Abs. 3 Bezirksausschuss-Satzung.

Zunächst möchte ich mich für die verspätete Beantwortung Ihrer Anfrage entschuldigen. Es kam hierbei leider zu einem referatsinternen Missverständnis.

Mit diesem Antrag fordert der BA 17, dass sich der Klimarat in seiner ersten Sitzung mit dem Thema Solarpflicht bei Neubauten, insbesondere bei Nichtwohngebäuden, beschäftigt.

Zu diesem Antrag kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Der Klimarat der Landeshauptstadt München ist nach der Klimaratssatzung ein kritisch-konstruktiver Begleiter der städtischen Klimapolitik. Als solcher gibt er Stellungnahmen oder Empfehlungen zu Beschlussvorlagen ab, die in den städtischen Gremien behandelt werden.

Büro der Referatsleitung
Telefon: (089) 233 – 47590
Bayerstraße 28a, 80335 München

Er hat jedoch kein eigenes Antragsrecht gegenüber den städtischen Gremien und kann keine eigenen Themen setzen, die im Stadtrat behandelt werden müssen.

Dies ist angesichts der Zahl von klimarelevanten Beschlussvorlagen pro Jahr (ca. 300 – 400) auch sinnvoll. Die ehrenamtlichen Mitglieder des Klimarates sollen ihre Zeit auf die Bewertung der Beschlussvorlagen verwenden.

Eine Beschäftigung des Klimarates mit dem vorgeschlagenen Thema käme dann in Betracht, wenn aufgrund eines Antrags des Bezirksausschusses dem Stadtrat eine Beschlussvorlage zu diesem Thema vorgelegt würde. Wichtig zu erwähnen ist, dass die Landeshauptstadt München keine Gesetzgebungskompetenz vorweisen kann. Wir begrüßen die Solarpflicht jedoch sehr.

Ein solcher Antrag ist aus unserer Sicht nicht erforderlich, da die LHM und auch der Freistaat Bayern in diesem Bereich schon sehr aktiv sind.

- Bereits in 2019 hat der Stadtrat der Landeshauptstadt München eine Solarpflicht auf städtischen Gebäuden beschlossen (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 16525). Die Umsetzung erfolgt durch das zuständige Baureferat.
- Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung hat im Juli 2021 einen Klimafahrplan 2035 vorgestellt (Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 03873). Dieser Klimafahrplan sieht unter anderem vor, dass zukünftig in allen Bebauungsplänen in der Regel eine Errichtungspflicht für Photovoltaikanlagen festgesetzt wird. Das Referat nutzt dabei unter Berücksichtigung der jeweiligen Umstände des Einzelfalls und nach Maßgabe des Abwägungsgebots die Festsetzungsmöglichkeiten nach § 9 Abs. 1 Nr. 23 b BauGB im Hinblick auf die Erzeugung, Nutzung oder Speicherung von Solarenergie auf Dach- und Fassadenflächen.
- Zudem hat das Referat für Klima- und Umweltschutz am 19. Januar 2022 einen zweiten Grundsatzbeschluss zum Klimaschutz vorgelegt. Darin ist vorgesehen, eine Solarberatung für Gebäudeeigentümer*innen und die Anschaffung von Solar- Stecker-Geräten für den Balkon finanziell zu fördern.
- Im Juni 2022 wurde der Masterplan solares München vom Stadtrat beschlossen, darin wurden das PV-Zubauwachstum von +40% und die PV-Zubauleistung von +100 MWp pro Jahr ab 2030 als Ziele beschlossen.
- Das Förderprogramm Klimaneutrale Gebäude (FKG) der Landeshauptstadt München, ist im Oktober 2022 in Kraft getreten. Das FKG fördert Photovoltaik. Diese Förderung wird von den Münchner*innen hervorragend angenommen.
- Die Staatsregierung des Freistaates Bayern hat im November 2021 eine Novelle des Bayerischen Klimaschutzgesetzes vorgeschlagen. In dieser findet sich eine Änderung der Bayerischen Bauordnung. In Art. 44a wurde dies bereits umgesetzt .

Danach haben Eigentümer von Nichtwohngebäuden, deren Antrag auf Baugenehmigung oder deren vollständige Bauvorlagen

ab dem 1. Juli 2022 für Gebäude, die ausschließlich gewerblicher oder industrieller Nutzung zu dienen bestimmt sind, oder

ab dem 1. Januar 2023 für sonstige Nichtwohngebäude

eingehen, sicherzustellen, dass Anlagen in angemessener Auslegung zur Erzeugung von Strom aus solarer Strahlungsenergie auf den hierfür geeigneten Dachflächen errichtet und betrieben werden. Diese Pflichten gelten auch bei vollständiger Erneuerung der Dachhaut eines Gebäudes, die ab dem 1. Januar 2025 begonnen wird.

Diese Bemühungen auf Ebene der LHM und des Freistaates zeigen, dass das Thema erheblich Fahrt aufnimmt.

Ich hoffe die hohe Dynamik, seitens der LHM und des Referats für Klima- und Umweltschutz spricht für sich und entschädigt ein wenig für die lange Wartezeit.

Soweit hierzu weitere Beschlussvorlagen in den Stadtrat eingebracht werden, wird sich der Klimarat natürlich wie oben dargelegt damit auseinandersetzen.

Ihrem Antrag kann jedoch aus den oben genannten Gründen nicht entsprochen werden.

Der Antrag Nr. 20-26 / B 03305 des Bezirksausschusses des Stadtbezirkes 17 - Obergiesing-Fasangarten vom 09.11.2021 ist damit satzungsgemäß erledigt.

Ich bedanke mich für das Engagement des Bezirksausschusses für den städtischen Klimaschutz und verbleibe.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Christine Kugler
berufsmäßige Stadträtin